

Vorgeschlagene Verlängerung der Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung und Aktualisierung der Ergänzenden Leitlinien Erläuterung

1. EINLEITUNG

Im Juli 2022 veröffentlichte die Kommission den Entwurf einer Verordnung zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung (EU) Nr. 461/2010¹ (im Folgenden „Kfz-GVO“) sowie den Entwurf einer Mitteilung zur Änderung der Bekanntmachung der Kommission mit den Ergänzenden Leitlinien², um Rückmeldungen der Öffentlichkeit zu erhalten. Diese beiden Entwürfe enthalten die Änderungen, die die Kommission im Anschluss an ihre Evaluierung der Gruppenfreistellungs Vorschriften im Kfz-Bereich³ vorschlägt. Die Evaluierungsergebnisse finden sich im Evaluierungsbericht⁴, der zusammen mit einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen⁵ am 28. Mai 2021 veröffentlicht wurde.

Nach der Kfz-GVO sind vertikale Vereinbarungen, die die Bedingungen betreffen, unter denen die beteiligten Unternehmen neue Kraftfahrzeuge beziehen, verkaufen oder weiterverkaufen oder Reparatur- und Wartungsdienstleistungen für Kraftfahrzeuge erbringen dürfen, vorbehaltlich bestimmter Beschränkungen von der Anwendung des Artikels 101 Absatz 1 AEUV freigestellt. Die Ergänzenden Leitlinien enthalten Grundsätze für die Beurteilung von bestimmter durch solche Vereinbarungen aufgeworfener Fragen nach Artikel 101 AEUV.

Insgesamt ergab die am 28. Mai 2021 abgeschlossene Evaluierung, dass die Kfz-Freistellungs Vorschriften nützlich waren und für die Interessenträger nach wie vor relevant sind. Die Evaluierung ergab auch, dass für den Kfz-Markt zwar in den kommenden Jahren Veränderungen zu erwarten sind, in den letzten zehn Jahren aber keine so wesentlichen Entwicklungen eingetreten sind, dass eine umfassende Überarbeitung der Kfz-Freistellungs Vorschriften gerechtfertigt wäre. Die Evaluierung zeigte allerdings, dass eine Aktualisierung erforderlich ist, um der Bedeutung, die der Zugang zu fahrzeuggenerierten Daten als Wettbewerbsfaktor haben dürfte, Rechnung zu tragen.

¹ Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 52).

² Bekanntmachung der Kommission – Ergänzende Leitlinien für vertikale Beschränkungen in Vereinbarungen über den Verkauf und die Instandsetzung von Kraftfahrzeugen und den Vertrieb von Kraftfahrzeugersatzteilen (ABl. C 138 vom 28.5.2010, S. 16).

³ Die Kfz-Freistellungs Vorschriften umfassen i) die Vertikale Gruppenfreistellungsverordnung („Vertikal-GVO“) und die Leitlinien für vertikale Beschränkungen („Vertikal-Leitlinien“) sowie ii) die sektorspezifischen Freistellungsbestimmungen der Kfz-GVO und der Ergänzenden Leitlinien, die für den Vertrieb von Ersatzteilen und für Reparatur- und Wartungsdienstleistungen für Kraftfahrzeuge gelten.

⁴ COM(2021) 264 final.

⁵ SWD(2021) 112 final.

Daher schlägt die Kommission vor, i) die Geltungsdauer der Kfz-GVO um fünf Jahre (d. h. bis zum 31. Mai 2028) zu verlängern und ii) kleine und gezielte Aktualisierungen der Ergänzenden Leitlinien einzuführen.

2. DIE VORGESCHLAGENEN ENTWÜRFE

a) Entwurf einer Verordnung zur Verlängerung der Geltungsdauer der Kfz-GVO

Die Evaluierung ergab, dass der Sektor, obwohl sich das Wettbewerbsumfeld auf den Kfz-Märkten seit 2010 nicht wesentlich verändert hat, nun aufgrund i) der technologischen Entwicklung, einschließlich der zunehmenden Bedeutung fahrzeuggenerierter Daten, ii) der konstanten Anforderung, Emissionen zu senken und auf umweltfreundlichere Kraftstoffe und Antriebssysteme umzustellen, und iii) der Veränderungen der Mobilitätsmuster unter Anpassungsdruck steht. Folglich dürften sich einige Bereiche des Sektors in den kommenden Jahren rasch entwickeln, mit (noch nicht quantifizierbaren) Auswirkungen auf die Wettbewerbsbedingungen. Einige der Veränderungen, die sich erst allmählich abzeichnen, dürften zwischen 2025 und 2030 deutlicher werden.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Kommission vor, die geltende Kfz-GVO um fünf Jahre zu verlängern. So können einige der sich abzeichnenden Veränderungen noch klarer Gestalt annehmen und wäre die Kommission besser in der Lage, die Situation unter den veränderten Marktgegebenheiten neu zu bewerten.

Daher schlägt die Kommission einen Entwurf einer Verordnung der Kommission vor, um die Geltungsdauer der Kfz-GVO bis zum 31. Mai 2028 zu verlängern. Parallel dazu schlägt die Kommission vor, im Einklang mit den Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung⁶ erneut die Verpflichtung einzuführen, die Kfz-GVO zu überwachen und vor ihrem Auslaufen zu evaluieren.

Es werden keine weiteren Änderungen an der bestehenden Verordnung vorgeschlagen.

b) Entwurf einer Mitteilung zur Änderung der Ergänzenden Leitlinien

Die Ergänzenden Leitlinien enthalten zwar ausführliche Erläuterungen der Wettbewerbsgrundsätze, die nach Artikel 101 AEUV auf wichtige Vorleistungen für die Fahrzeugreparatur (wie Werkzeuge, Schulungen und technische Informationen) anwendbar sind, doch sie gehen derzeit nicht ausdrücklich auf fahrzeuggenerierte Daten ein.

Da die Evaluierung ergab, dass eine Aktualisierung erforderlich ist, um der Bedeutung Rechnung zu tragen, die der Zugang zu fahrzeuggenerierten Daten als Wettbewerbsfaktor haben dürfte, wird mit dem Mitteilungsentwurf der Anwendungsbereich der bereits geltenden Grundsätze für die Bereitstellung technischer Informationen, Werkzeuge und Schulungen ausdrücklich auf fahrzeuggenerierte Daten ausgeweitet, die für die Erbringung von Reparatur- und Wartungsdienstleistungen erforderlich sind. Die Änderungen werden den Unternehmen Klarheit darüber verschaffen, wie die Kommission bei der Prüfung vertikaler Vereinbarungen zwischen Fahrzeugherstellern und ihren zugelassenen Netzen nach Artikel 101 AEUV Fragen beurteilt, die im Zusammenhang mit dem Zugang zu

⁶ Siehe Kapitel III der [Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung](#) und [Instrument#44](#) des Instrumentariums für eine bessere Rechtsetzung 2021.

fahrzeuggenerierten Daten stehen. Die Änderungen werden durch die vorgeschlagenen Änderungen der Randnummern 60 bis 68 der geltenden Ergänzenden Leitlinien umgesetzt.

Darüber hinaus werden mit dem Mitteilungsentwurf die in den Ergänzenden Leitlinien enthaltenen Verweise auf Rechtsvorschriften wie folgt aktualisiert: i) Aktualisierung der Querverweise auf die Vertikal-GVO und die Vertikal-Leitlinien durch entsprechende Verweise auf die neuen Texte, die diese ersetzen werden, ii) Anpassung des Inhalts bestimmter Randnummern der Ergänzenden Leitlinien an die Bestimmungen der neuen Vertikal-GVO und der neuen Vertikal-Leitlinien und iii) Aktualisierung der Querverweise auf ersetzte oder aufgehobene Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich der GD GROW. Diese Aktualisierungen werden die Kohärenz zwischen den einschlägigen politischen Instrumenten gewährleisten und den Interessenträgern bei der Anwendung der Ergänzenden Leitlinien helfen.